

Bezugpreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Estland, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sozialdemokratischen „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Spaltenbreite 30 Pfennig, Reklamensätze 4,- Reichsmark. „Reine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Nach 15 Buchstaben zahlen für zwei Wochen. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Abonnenten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abbestellen werden. Gestrichelt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 19. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachnummer: Berlin 27 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 6; Kassen-Gesellschaft, Postfachnummer Lindenstr. 2.

Die Erleichterungen im Westen.

Bersammlungsfreiheit - Deutsche Gerichtsbarkeit - Keine Ueberprüfung deutscher Gesetze - Nur noch 20 Ordnungen.

Koblenz, 18. November. (W.Z.B.) Die Interalliierte Rheinlandkommission teilt folgendes mit:

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat beschlossen, bezüglich ihrer Befehle und Anweisungen die Erleichterungen einzutreten zu lassen, die sich mit dem Versailler Vertrag, dem Rheinlandabkommen und den Erfordernissen der Befehle im Rahmen der allgemeinen Entscheidungen der alliierten Regierungen vereinbaren lassen.

1. Der Reichskommissar.

Die Alliierten haben ihre Zustimmung zur Ernennung eines neuen Reichskommissars gegeben. Die Interalliierte Rheinlandkommission ist bereit, sofort mit ihm in Verbindung zu treten.

2. Befehlsgüter.

Umgruppierung und Festlegung der alliierten Streitkräfte in den Befehlsgütern. Die Stätten in den Befehlstruppen werden fähig herabgesetzt. Dadurch wird die Rückgabe eines Teils der öffentlichen Gebäude, der Wohnungen bzw. Grundstücke, deren Ueberlassung zum Gebrauch der Truppen und der Befehlsgüter notwendig war, an die Behörden und die Bevölkerung ermöglicht werden.

3. Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission.

Das Delegiertenystem wird mit Wirkung vom 1. Dezember an aufgehoben.

4. Revision der Verordnungen.

I. Gesetzgebung und Verordnungsgewalt.

a) Deutsche Gesetzgebung: Eine die Anwendung der deutschen Gesetze und Verordnungen ausschließende Prüfung findet nicht mehr statt. Die Interalliierte Rheinlandkommission behält sich lediglich das Recht vor, gemäß dem Rheinlandabkommen solche Gesetze, die den Notwendigkeiten der Unterhaltung, der Sicherheit und den Bedürfnissen der Armeen zuwiderlaufen, den Verhältnissen anzupassen oder außer Kraft zu setzen.

b) Deutsche Verwaltungen: Die Kategorien der Beamten, deren Ernennung der Interalliierten Rheinlandkommission angezeigt werden muß, werden auf einige Hauptkategorien beschränkt. Zwischen den Deutschen und den Alliierten wird zur Prüfung besonderer Fälle ein Güteverfahren eingeführt. Die Bedingungen für die Absetzung der Beamten werden Einschränkungen erfahren und mit Gemüthen versehen.

II. Gerichtsbarkeit.

a) Gemisse in den Verordnungen vorgesehene Strafen werden herabgesetzt.

b) Maßnahmen sollen getroffen werden, um gewisse Strafsachen, die bisher von den Militärbehörden entschieden wurden, grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit zu übertragen.

c) Die Bestimmungen, die für gewisse Personen, welche den Befehlsgüter Diensten geleistet haben, einseitig Entscheidungen der alliierten Behörden vorsehen, werden aufgehoben werden. Das gütliche oder Schiedsverfahren wird dafür ins Auge gefaßt.

III. Polizeiwesen.

a) Die Befugnisse gewisser periodischer oder statistischer Berichte wird eingeschränkt. (Anweisung Nr. 2).

b) Verkehr. Die Regelung des Verkehrs wird noch eine gewisse Erleichterung erfahren, insbesondere hinsichtlich der Personalausweise und der Niederlassung in den besetzten Gebieten. Weiter werden Erleichterungen eintreten hinsichtlich der Verfolgungen und Bestrafungen leichter Vergehen.

c) Die bisher von den Delegierten sanktionierten Vollmachten werden aufgehoben. Es wird eine neue Regelung geschaffen auf der Grundlage eines Güteverfahrens. Das Recht der Strafverfolgung steht ausschließlich folgenden Behörden zu: der Interalliierten Rheinlandkommission und den kommandierenden Generalen der Armeen. Die Verwaltungsmaßnahmen selbst werden nur von der Interalliierten Rheinlandkommission ergriffen, und zwar erst, nachdem sie vor einen gerichtlichen Ausschuss gebracht worden sind, dem ein deutsches Mitglied angehört.

d) Versammlungen: Die bisher von den Delegierten ausgeübten Berichtsbeschlüsse werden aufgehoben.

Das Recht, Versammlungen zu verbieten, ist der Interalliierten Rheinlandkommission vorbehalten.

Die vorherige Annahme von politischen Versammlungen wird auf die Garnisonsstädte beschränkt.

e) bis in enthaltenen Mitteln über Freiheit des Fliegens, Aufhebung der Preisanschlagspflicht, Freiheit der Filme, grundsätzliche Erlaubnis für Radiosender, Flugwesen.

a) Streit und Aussperrungen: Das Eingreifen der Befehlsgüter wird auf die Notwendigkeit der Bedürfnisse und der Sicherheit der Befehlsgüter beschränkt.

b) Postzensur: Wird aufgehoben.

Die vorstehenden Abänderungen werden im einzelnen Gegenstand einer Gesamtverordnung sein, die noch veröffentlicht werden wird.

Im Hinblick auf die frühere Aufhebung und die gegenwärtige Revision ihrer Verordnungen beabsichtigt die Interalliierte Rheinlandkommission eine Kodifizierung und eine Klarstellung der noch in Kraft bleibenden Bestimmungen vorzunehmen. Diese Kodifizierung wird die Zahl der Verordnungen beträchtlich herabsetzen und sie auf etwa 20 zurückführen.

V. Amnestie.

Die Alliierten Behörden haben die Absicht, die Amnestie- und Gnadenmaßnahmen zu treffen, welche durch die Umstände und die erwartete gegenseitige Befriedigung gerechtfertigt sind.

Durch alle oben angeführten Maßnahmen geben die an der Befehlsgüter teilnehmenden Mächte und die sie vertretende Interalliierte Rheinlandkommission ihrem Wunsch Ausdruck, in den Rheinlanden eine sehr liberale Politik anzuwenden. Sie vertrauen auf den Geist der Mitarbeit der deutschen Behörden und der Bevölkerung und auf deren guten Willen, die Aufgaben der Befehlsgüter hinsichtlich der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Armeen zu erleichtern. Sie hoffen jetzt, daß die Unterstützung, die sie von deutscher Seite erwarten, ihnen nicht versagt werden wird.

Skrynskis Regierungsbildung gescheitert.

Die Armee das Hindernis.

Warschau, 18. November. (W.Z.B.) Am Mittwochnachmittag begab sich Skrynski zum Staatspräsidenten und teilte ihm mit, daß er sich gezwungen sehe, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts zurückzugeben.

Wie berichtet, scheiterte keine Mission an der Neubildung des Kabinetts. Die Rechtsparteien verlangten durchaus, den General Sikorski zu behalten, während die Linksparteien davon nichts wissen wollten. Alle Versuche Skrynskis, die Parteien zu versöhnen, sind mißlungen.

Man glaubt nun, daß der Präsident ein Beamtenkabinet bilden wird.

Die Rücktrittsabsichten Lord d'Abernons. Die Rücktrittsabsichten Lord d'Abernons werden in englischen Blättern bestätigt.

Abbau der spanischen Diktatur? General Primo de Rivera hat erklärt, es sei besser, vor Wiederherstellung des parlamentarischen Systems eine große Nationalversammlung einzuberufen, der ein besonderer Vorschlag wegen der zukünftigen Verfassung unterbreitet werden würde, und die entweder die früheren Kammer wiederherstellen oder eine neue Verfassung ausarbeiten solle, welche mehr mit den Erfordernissen der neuen Zeit in Einklang stehe.

Der sowjetische Referent für den Osten. Im Zusammenhang mit der Abreise Karachans nach Ostasien wurde die Leistung der öffentlichen Angelegenheiten im Volkskommissariat für das Äußere dem Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für das Äußere Kraloff übertragen.

Das Rote Haus.

Zum Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung.

Heute werden im Berliner Roten Hause die neugewählten Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt. Eine Woche darauf wird sich die Versammlung konstituieren, die Wahl des Präsidiums vornehmen, ihre Ständigen Ausschüsse und Deputationen wählen. Die Neuwahl hat so erhebliche Verschiebungen in den Parteiverhältnissen mit sich gebracht, daß in Berlin wie im Reich die Öffentlichkeit mit großem Interesse die ersten Schritte der neuen Stadtverordnetenversammlung verfolgen wird. 1921 stand die Wahl im Zeichen des Bürgerblocks. Dieser Bürgerblock hat es in den letzten vier Jahren nicht verstanden, eine einheitliche geschlossene Politik im Rathaus durchzuführen, die beabsichtigte Ausschaltung der Sozialdemokratie stellte sich sehr bald als unmöglich heraus. Jetzt ist die bürgerliche Mehrheit beseitigt, und nach der Verflüchtigung der „Roten Fahne“ wird eine sozialdemokratische kommunistische Mehrheit der kommenden Entwicklung ihren Stempel aufdrücken.

Wer das versichert und für die Arbeitsfähigkeit einer solchen Mehrheit eintreten will, muß sich darüber im Klaren sein, welche Aufgaben die neue Stadtverordnetenversammlung zu lösen hat und welche Möglichkeiten zur Lösung geschaffen werden können. Die Politik der Gemeinden oder richtiger gesagt, die Entwicklung der Kommunalwirtschaft im weitesten Sinne des Wortes ist in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit mit einer Heftigkeit umstritten worden, die man früher nicht kannte. Der Kampf der Reparationszahlungen, der Niedergang der Wirtschaft infolge des verlorenen Krieges und der Anspannung der maßgebenden Wirtschaftskreise hat die für die öffentliche Wirtschaft zur Verfügung stehende Finanzbedeckung wesentlich verengt. Die Steuerhoheit des Reiches hat die frühere finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch stark eingeschränkt. Mehr aber als alle diese Faktoren, deren Zwang sich niemand in der Gemeindegemeinschaft entziehen kann, hat in den letzten Jahren eine immer stärker werdende Kampagne der sogenannten Wirtschaft gegen die Gemeinden eingelegt.

Wie töricht und kurzfristig dieser Standpunkt ist, wissen einsichtige Wirtschaftsführer sehr genau. Aber unter dem Druck großer Verbände werden die ganze Industrie und mit ihr die maßgebenden Kreise in allen bürgerlichen Parteien von der fixen Idee beherrscht, daß mindestens die Großstädte eine Wirtschaft der Luxusausgaben betreiben, und daß ihnen noch viel mehr als bisher die Landare angelegt werden müsse. Bezeichnend für diese Einstellung waren die Äußerungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei seiner Abreise aus Amerika. Er sprach davon, daß man sich gegen die „Borgwirtschaft der Gemeinden“ wenden müsse, während langfristige Kredite für die Privatwirtschaft berechtigt seien, weil sie „der Produktion zugute kämen“. Das ist, was die Privatwirtschaft anlangt, ein durch die Tatsachen keineswegs immer gerechtfertigter Optimismus, was aber die Städte anlangt, eine katastrophale Verkennung der ungeheuren Wirtschafts- und produktionsfördernden Bedeutung einer modernen, zielbewußten und energischen Kommunalverwaltung. Der Kampf um die Selbstverwaltung der Städte, um die Sicherung ihres berechtigten Anspruches auf finanzielle Leistungsfähigkeit ist in Wirklichkeit ein Kampf um die Förderung der wichtigsten Teile unseres Wirtschaftslebens überhaupt. Die Gemeinden sind heute die wichtigsten Hilfsfaktoren der Gesamtwirtschaft. Wenn in einem Industriezentrum wie Berlin augenblicklich ununterbrochen Störungen der elektrischen Licht- und Kraftverorgung eintreten, weil die städtischen Werke überlastet sind, und ihnen für den notwendigen Ausbau die Mittel fehlen, so gehen die Schäden für die gesamte Wirtschaft in die Millionen. Sie sind viel größer als die Lasten, die eventuell aufgebracht werden müßten, um diese Betriebe rechtzeitig zur Leistungsfähigkeit auszubauen. Der Berliner Oberbürgermeister Böß weist in einem Artikel im „Tag“ mit Recht darauf hin, daß „Berlin sich heute schon von Ausgaben fernhalten muß, deren Verwirklichung von höchster Bedeutung für das Wirtschaftswesen ist und deren Unterlassung der Wirtschaft vom ökonomischen Prinzip aus gesehen schwere Opfer kosten wird“. Er betont mit Recht, daß man „in Amerika und England Berechnungen anstellt, wieviel Arbeitsstunden der Wirtschaft durch ungewöhnliche Organisation des öffentlichen Verkehrs und Bauwesens verloren gehen“.

Hinter dieser Kampagne der Wirtschaft gegen die Gemeinden stehen sehr viele Motive. Die Wirtschaft glaubt nach dem Befehl des geringsten Widerstandes durch ihren Einfluß in den Parlamenten die Gemeinden zügeln und so „sparen“ zu können; sie ist von einer primitiven und naiven Angst vor dem steigenden Einfluß der Arbeiterbewegung erfüllt, deren Aufstieg ihr in der Seele verhaßt ist. Sie mittert überall die Gefahr einer zunehmenden Sozialisierung und schädigt letzten Endes durch

Ende des deutsch-spanischen Zollkriegs.

Handelsprovisorium für sechs Monate.

Madrid, 18. November. (W.Z.B.) Heute wurde in Madrid ein Modus vivendi von der deutschen und der spanischen Handelsdelegation unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung wird der deutsch-spanische Zollkrieg sofort eingestellt. Das Provisorium gilt für sechs Monate. Die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag werden sofort aufgenommen werden.

Für die Dauer des Provisoriums wird die Tabelle II der Zolltarifnovelle eingeführt.

Der Gesetzentwurf über Locarno.

Zur Vorlage an die Länderminister bereit.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist die vom Reichsaußenminister zu bearbeitende Vorlage, die die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu dem Locarno-Vertrag sowie zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthält, im Laufe des Mittwoch sowohl gediehen, daß sie der am Donnerstag vormittag stattfindenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder fertig vorliegen wird.

Nach der Stellungnahme der Ministerpräsidenten wird das Reichskabinet erneut zusammentreten, um endgültig über die Vorlage zu beschließen.

Ihre von kurzfristigem Egoismus diktierte Haltung nicht nur die gesamte Wirtschaftsentwicklung, die Arbeiterschaft, sondern auch sich selber. Es ist kein Zweifel, daß nach der Niederlage des Bürgerkriegs die Hege gegen Berlin verschärft werden wird, und daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien viel mehr als bisher eifertig über die Entwicklung der Reichshauptstadt wachen werden. In Vorbereitung der kommenden Niederlage schrieb in der „Täglichen Rundschau“ bei Beginn des Wahlkampfes ein Anonymus, offenbar der völksparteiliche Führer v. Egnern, über die „staatspolitische Bedeutung der Berliner Wahlen“. Zwischen jeder Zeile spürte man die Sehnsucht nach Aufhebung der städtischen Selbstverwaltung Berlins, klang die fast unverhüllte Drohung mit der stärksten Macht im Reichs- und Landesparlament.

In dieser Einstellung des Bürgertums und seiner maßgebenden Kreise liegt die schwerste Gefahr für Berlins Entwicklung und damit für die Arbeiterschaft. Denn in diesem größten Zentrum der deutschen Industrie ist die Arbeiterschaft am allermeisten daran interessiert, daß durch eine planmäßige Wirtschaftsförderung ihr Verdienst und Arbeit gesichert wird. Ihr fällt deshalb die schwere Aufgabe zu, in einer Zeit starker Wirtschaftskrisis und schwerer finanzieller Not der Gemeinde sich durch kein Geschrei davon abhalten zu lassen, der Gemeinde zu gelunden Finanzen, zu Leistungsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie hat durch die Arbeit ihrer Fraktion in den letzten vier Jahren bereits bewiesen, daß sie dieser Aufgabe gewachsen ist. Die Kommunisten haben in den letzten vier Jahren diese Notwendigkeiten immer erkannt und niemals passiv mitgearbeitet. Ob sie jetzt, wo sie demonstrativ einen Kurswechsel ankündigen, dieser Aufgabe gewachsen sein werden, müssen sie erst zeigen. Wahrscheinlich werden sie ihren Befähigungsnachweis auf die ihnen eigene Art und Weise erbringen. Es ist nicht schwer vorauszufragen, daß das Sekretariat der KPD mindestens hundert Anträge der neuen kommunistischen Fraktion in diesen Tagen überweisen wird. Vielleicht sind es auch nur fünfzig! Sicher aber werden die Kommunisten mit sehr vielen Forderungen und Vorschlägen an die Stadtverordnetenversammlung und an die Sozialdemokratie herantreten. Die Rezepte, nach denen dabei gearbeitet wird, sind nach den bisherigen Beobachtungen ziemlich einfach. Man lehnt die der Gemeinde nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehenden Steuern als unsozial ab. Man verlangt für eine ganze Reihe erstrebenswerter Ziele Geld, als man sich bisher nie dafür interessiert hat, wie Geldmittel für die Stadt zu beschaffen sind. Wenn die Bilanz der nichtbewilligten Steuern und der stürmisch geforderten Ausgaben dann selbstverständlich ein in die Millionen gehendes Minus ergibt, dann wird man wahrscheinlich als Lösung eine Demonstration des „revolutionären Proletariats“ vorschlagen, und vielleicht finden sich selbst unter den Kommunisten noch Naivgläubige, die annehmen, daß damit die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit alles getan hat, was ihr zu tun möglich ist.

Das alte Klischee.

Gewissenlose Hege als „nationale Opposition“.

Die Deutschnationalen ergehen sich munter auf den altgewohnten Pfaden der verantwortungslosen Opposition. Die alten Klischees aus der Zeit ihrer gewissenlosesten Hege gegen die Außenpolitik der Republik sind wieder hervorgeholt worden und werden fleißig angewandt. Niemand außer den Deutschnationalen hat „Verständnis für die Ehre und Würde der Nation“. Dies seine Gefühl für „Ehre und Würde der Nation“ läßt die Deutschnationalen die große Mehrheit des Volkes als Locarnisten beschimpfen, die verantwortliche

Führung der Politik aber als Verrat. Nichts anderes will es besagen, wenn die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Wenn es nach der für Donnerstag in Aussicht genommenen Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder zur endgültigen Annahme des Vertrages von Locarno und zum Abschluß mit den „Rückwirkungen“ durch das Reichskabinett kommt, so sind Volk und Reich nicht für ein Pinfengericht verkauft, sondern gewissenlos preisgegeben worden. Der Name des Herrn Dr. Stresemann wird bei den kommenden Geschlechtern einen Klang haben, den näher zu bezeichnen das Gesetz zum Schutz der Republik verbietet.“

So sind die Deutschnationalen! Beschimpfen und hegen wollen sie nach dem alten Klischee — aber feige sind sie auch, und deshalb schimpfen sie nicht offen und ehrlich, sondern von hinten herum. Das gibt der Hege einen besonders widerwärtigen Anstrich.

Die „Deutsche Zeitung“ versteht sich aber auch auf Taschenspielerkunststücke zur höheren Ehre ihrer „nationalen“ Opposition. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen, geführt von Graf Westarp und im Kabinett vertreten von den Herren Schiele, Schlieben und Neuhaus die Verantwortung für die Einleitung und Durchführung der Politik von Locarno mit übernommen haben, läßt sich nicht bestreiten. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat ihnen das bei Gelegenheit der Besprechung eines Plakats der Berliner Deutschnationalen zum Leberstich noch einmal bescheinigt:

„Recht unvorsichtig ist allerdings die Behauptung, daß Locarno ein drittes Versailles sei. Der Dawes-Plan soll wohl das zweite Versailles sein. Diesem haben die Deutschnationalen aber zu 50 Prozent zugestimmt und dem dritten gar zu — 100 Prozent! Denn die Deutschnationale Volkspartei hat ja dem deutschen Juli-Memorandum zugestimmt, in dem es heißt, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Annoncen skizziert ist, seine Forderung der bestehenden Verträge, also auch nicht des Vertrages von Versailles bedeutet, und es sich deshalb erübrigt, in dieser Hinsicht besondere Feststellungen zu treffen. Die Verträge von Locarno entsprechen also den Forderungen des Juli-Memorandums.“

Da sich daran nichts drehen und nichts deuten läßt, ist die „Deutsche Zeitung“ auf den Dreh verfallen, die Dinge so zu deuten, als sei in Locarno eine vollständig neue Politik begonnen worden. Sie schreibt:

„Niemand hätte die pflicht- und ehrerbietende nationale Opposition eine Politik denken können, die in Locarno begonnen und in den Tagen seitdem durchgeführt worden ist. Wer heute im deutschen und in den anderen Parteien noch nicht versteht, noch nicht verstehen will, daß die DVP, bereits vor nahezu vier Wochen aus der Regierung austreten mußte, dem fehlt jegliches Verständnis für Ehre und Würde der Nation.“

Mit diesem Dreh sollen die Herren Westarp, Schiele, Schlieben und Neuhaus gedeckt werden. Aber was ist's mit Hindenburg? Denn Hindenburg billigt die Außenpolitik der Regierung auch nach Locarno. Er kann es nicht verstehen, daß die Deutschnationalen aus der Regierung ausgetreten sind und hat dem Ausdruck verliehen. Es fehlt ihm nach der „Deutschen Zeitung“ also ebenfalls an „jeglichem Verständnis für Ehre und Würde der Nation“.

Das Klischee der nationalstiftischen Hege ist dasselbe wie einst, nur die Personen, gegen die sie sich wendet, haben sich geändert. Einst waren es Erzberger, Rathenau und Wirth — jetzt sind es Stresemann und Hindenburg.

Zur Warschauer Offiziersdemonstration. Kriegsminister General Sikorski hat den General Drezer, den Führer der Offiziersdemonstration, strafverurteilt. Eine Wiederkehr Sikorskis in die neue Regierung gilt übrigens für ausgeschlossen.

Stimmrecht der Frauen in den Gemeinden in Italien. Der italienische Senat hat der Einführung des Frauenstimmrechts in den Gemeinden nach längerer Auseinandersetzung zugestimmt.

Chamberlain über Locarno.

„Sicherheit Englands und des Festlandes.“

London, 18. November. (W.B.) Chamberlain wurde warm begrüßt, als er sich erhob, um seinen bereits gemeldeten Antrag einzubringen, in dem die Zustimmung des Hauses zur Ratifizierung des Vertrages von Locarno gefordert wird.

Wenn ich sagen kann, daß ich vom Glück begünstigt war, so denke ich dabei an die Vorarbeiten, die die frühere britische Regierung geleistet hat und an die Kollegen, mit denen ich die Ehre hatte, in Locarno zu arbeiten.

Vor dieser Konferenz war ich mit Vertretern des Deutschen Reiches noch nicht zusammengekommen. In Locarno kam ich sehr bald in die Lage, mich davon zu überzeugen, daß die deutschen Vertreter gekommen waren, befehle von dem aufrichtigen Wunsch nach Frieden und Versöhnung, der auch die westlichen Nationen erfüllt, und dem ebenso aufrichtigen Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit uns, um ein für die Wohlfahrt aller in Locarno vertretenen Völker bedeutsames Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Ich kam von besonderem Glück auch sprechen, wenn ich den Charakter des großen Franzosen in Betracht ziehe, der in Locarno sein Land vertrat, denn Briand ist ein Mann von besonderem Mut, von hervorragender Klarheit des Blicks und von außerordentlichem Freimuth des Denkens. Ich glaube, ich sage nicht zuviel, wenn ich erkläre, daß der Erfolg der Konferenz von Locarno wesentlich zurückzuführen ist auf den Charakter der Vertreter Deutschlands und Frankreichs während der Zusammenkunft.

Die Vertreter Belgiens schlossen sich der friedlichen Absicht des Vertreters Frankreichs an. Der Vertreter Italiens nahm genau die gleiche Haltung ein wie der Vertreter der englischen Regierung und trug mit uns zur Beseitigung der Schwierigkeiten, zur Beseitigung der Furcht und des Argwohns bei, den ohne die Hilfe unserer beiden Länder zu entfernen den unmittelbar betroffenen Parteien niemals möglich gewesen wäre.

So wertvoll auch die Abkommen bereits an sich sind, so ist doch noch wertvoller der Geist, der sie erzeugte, und der sich bereits in den internationalen Beziehungen auswirkt.

Wir sehen Locarno nicht an als ein Ende der Arbeit der Friedfertigung und Versöhnung, sondern als ihren Beginn. (Beifall.)

Der Vertrag einer gegenseitigen Garantie ist gegen niemand gerichtet, da die Verpflichtungen aller allen gegenüber über einander gleich sind, während die Abkommen als Ganzes dem Geist der Völkerverbrüderung entsprechen.

Was die Frage der Verpflichtungen, die Großbritannien übernommen hat, betrifft, so gibt es keinen Fall, in dem die Anforderung an Großbritannien herantreten könnte, eine sofortige Aktion zu unternehmen, außer in Verfolg der Völkerverbrüderung und der Aktion des Völkerbundes. In dem Fall, daß nun eine Aktion von Seiten einer der Parteien unternommen wird, wodurch diese damit ihren Verpflichtungen zuwiderhandelt, und damit die Gefahr so unmittelbar nahe rückt, daß man selbst die wenigen Tage, die für die Zusammenberufung des Völkerbundes notwendig sind, nicht abwarten kann, in diesem Falle steht der jeweiligen britischen Regierung der eigenmächtige Entschluß zu, und zwar als einziger Richter, ob ein Fall unmittelbarer Gefahr entstanden ist. In genau derselben Lage wie die britische Regierung ist auch die italienische Regierung als gemeinsamer Garant, denen es also zuzustehen, darüber zu entscheiden, ob die Lage ihre Garantie in Tätigkeit zu setzen zwingt. Ich zweifle nicht daran, daß in der Praxis beide Garantien sofort ihre Meinungen austauschen werden, und glaube auch, daß es sehr wahrscheinlich ist, daß die garantierten Mächte bestrebt sein werden, die Ansichten der Garantien zu kennen, bevor sie irgendeine Aktion unternommen werden. Trotzdem sind die Garantien unabhängig und die britische Regierung kann deshalb selbst darüber beschließen, soweit sie in Betracht kommt, ob die Lage eines eigenmächtigen Entschlusses entstanden ist.

Chamberlain gab weiter seinem Bedauern Ausdruck, daß es unmöglich gewesen sei, persönlich mit den Dominions und Indien vor den Verhandlungen in Locarno Beratungen

Antikriegsmuseum.

Man kann Bilder und Statuen sehen von Tutanchamon und der attischen Göttin bis zu den Nachexpansionisten. Man kennt ein Verlehrs-, ein Post-, ein Völkermuseum und noch viele andere.

Man kennt auch ein Kriegsmuseum, das sogenannte Zeughaus, in das die Schüler geführt werden, um das „Zeug“ zu sehen, das berühmte oder berühmte Feindherrscher der Heimat mitgebracht haben.

Während des Krieges gab es dann noch eine Straßenschau, die je nach der Stufe des Siegesrausches als Straßentriumph- oder Antikriegsmuseum wirkte: die vor dem Schloß aufgebauten „feindlichen“ Geschütze und die zerstückelten Soldaten, die — um „den Dank des Vaterlandes“ zu ernten — auf dem Potsdamer Platz ihre Armpfunde und Holzpfeile und blinden Augen zeigten.

Seit ein paar Wochen gibt es aber in Berlin ein künftiges Antikriegsmuseum, das Ernst Friedrich in der Parochialstraße 29 eingerichtet hat.

Dort sieht man etwa Lebensmittelformen jeder Art und daneben Renekarten aus dem Großen Hauptquartier. Oder eine Woge, deren eine Schale ein Bajonett, die andere zum Gleichgewicht unendlich viel friedliche Stahlwaffen — Bohrer, Schraubenzieher, Nägel, Scheren — enthält. Dann „kleine Urfasen“ — große Wirtungen: Soldaten-spiele, Kinderuniformen, Bleisoldaten und hunderte Bilder von der Front. Massengräber, zerfetzte Menschen und Tiere, zusammengeknüllte Krüppel. Befehle und Berordnungen der Heeresleitungen und ausländische Karrikaturen der hochgestellten und ihrer Alldeutschen. Und darüber, über allem die Visionen von Käthe Kollwitz „Der Krieg“. Aber mitten zwischen den Sachen und Aufnahmen die Bilderreihe von Otto Dix.

Und am Ende, oben von einer Wand ein deutsches Seitengewehr, an dem ein französischer Stahlhelm hängt. Der Stahlhelm — ein Blumentopf, in dem ein Farn frisch wächst — — — „Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ Gewe.

Wertvolle Leihgaben für die staatlichen Museen. Freiherr Eduard v. d. Heydt hat der Abteilung für ostasiatische Kunst an den staatlichen Museen zehn chinesische Skulpturen ersten Ranges als Leihgabe überlassen, die die geringen Bestände der Abteilung auf diesem Gebiete besonders erfreulich ergänzen. Eine Reliefplatte von dem Grabe eines Ehepaars Tai aus dem Jahre 114 n. Chr. ist von besonderer Bedeutung als die älteste bisher bekannte chinesische Skulptur mit geklärter Datierung. Ebenfalls dem Totenkult dienen ein prachtvoller überlebensgroßer Steinwider des 7. Jahrhunderts und ein vielleicht noch grandioserer Tiger aus Warmor, der dem 12. bis 13. Jahrhundert angehört mag, beides Wachsfiguren von einer „Geisterstraße“, wie sie zu den Gräbern der Großen führen. Die übrigen sieben Werke, zwei Votivstelen mit reichem Figurenschmuck und langen Inschriften aus den Jahren 320 und 557, ein lieblcher

Bodhisattva aus der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts, zwei mächtige Tempelwächter aus den Höhlen von Lung-men (8. Jahrhundert) und zwei Buddhalöpfe, unter denen das kolossale Haupt der früheren Sammlung Solubest in erster Linie zu nennen ist, gehören der Best des Buddhismus an. Die ostasiatische Kunstabteilung ist durch diese auf längere Zeit gewährte Leihgabe auf dem Gebiete der chinesischen Plastik zur bedeutendsten Sammlung in Europa geworden. Die Werke sind im Erdgeschoss des Museums Prinz-Albrecht-Straße 7 in dem Saale der vorbuddhistischen Kunst und den gegenüberliegenden beiden buddhistischen Räumen ausgestellt.

Jugendarbeitskreise „Hilfe“. Das sind Jungen und Mädchen, Schüler und Lehrlinge, die sich aus allen möglichen politischen und religiösen Gruppen zusammengefunden haben, um denen, die Not leiden — den Alten und Kindern — zu helfen. Das tun sie Sonntags und am Feierabend, nach Schule und Lehrzeit. Sie ziehen mit Liedern und Lauten in die Barmbehalten, in denen Obdachlose langweilig zusammenhocken. Sie besprechen sich mit den Greisen und Greisinnen, die an den Straßenecken betteln. Besuchen sie in ihren Wohnhöhlen, sehen dort nach dem Rechten — die Jungen bringen Holz von den Sonntagsfahrten, die Mädchen putzen auf —, sie versuchen ihnen durch Vermittlung bei Behörden Unterstufungen zu verschaffen. Sie laden sie zu — irgendwo erbetenem — Kuchen und Kaffee in ihre Schulen und „Keller“, und singen und tanzen ihnen was vor. Sie holen die Kinder von der Straße und den Kummelplätzen, spielen, lernen und basteln mit ihnen und Sonntags geht's auf „Fahrt“. Zu ihrer Arbeit brauchen die Jugendarbeitskreise „Hilfe“ materielle Unterstützung. Denn sie selbst — Schüler, junge Arbeiter, Studenten, kaufmännische Lehrlinge — haben nur wenig Geld. Um etwas zu bekommen, hatten sie am Sonntag im Berliner Rathaus eine Matinee veranstaltet, und Friedrich Kappler, Lucie Mannheim und Hans Baer hatten ein Märchenprogramm zusammengestellt. Und da saßen durcheinander Berliner Vortragspublikum, an hundert Gäste der „Hilfe“ — alte Leute aus dem Obdach, aus Barmbehalten, aus Altersheimen —, ein paar behördliche Gönner aus dem Polizeipräsidium und dem Jugendamt und die Jungen und Mädchen. Und alle hörten mit Andacht zu, wie Lucie Mannheim vom tapferen Jinnjoldaten erzählte. So mögen Kinder erzählen, freudig überreicht von den lustigen Erlebnissen des Helden. Friedrich Kappler las Märchen von Grimm und Andersen und Lesing, schlicht wie der Großvater, mit einem feinen feinen Blick bei den Spigen und der Moral der Geschichten. Hans Baer spielt dazwischen und begeisterte die Herren und Damen, die Jungen und Mädchen und die alten Leuten mit Witz und Chopin.

Damit alle, die die Matinee nicht besuchen konnten, noch mehr von der helfenden Jugend erfahren, werden die Jugendarbeitskreise „Hilfe“ ein Tage vor Weihnachten zu jedem kommen, der Hörer hat, zu hören! Die Frankfurter hat ihnen nämlich einen Nachmittags zur Verfügung gestellt, an dem Gertrud Enjoldt und Genia Gussakewicz von der Staatsoper mitwirken werden. Gewe.

Ludwig-Fisch-Abend. Konzertsaal der Staatlichen Musikhochschule. Auch wenn man es nicht wüßte, daß der kaum mittelgroße Mann mit der schwarzen Künstlerkrawatte ein Schwabe ist — man würde ihm seine Helmlaterde ansehen. Rirgendwo

anders wächst diese Sorte Menschen, so gütig und seltsam wirklichkeitsfremd, fast zeitlos, äußerlich wie innerlich. Der Verfasser des „Kosendoktor“ — denn das wird er einem großen Publikum immer wohl bleiben — hat viele Freunde. Glauben an alles Gute und Liebe und ein bisschen weiche Träumerei klingen aus seinen Werken, aus seiner Seele. Und in einer guten Stunde wird gar mancher sie gern durchblättern; aber eine gute Stunde muß es sein, ein milder Sommerabend oder ein warmer Herbstnachmittag. Nicht solche Zeit, wo man das Leben tanzt und eßt, wo wir schreien möchten vor Schmerz oder an uns schlagen in dumpfer Wut. Und in den Alltag der Großstadt pocht Ludwig Fisch nun schon gar nicht. Denn er ist kein Mensch, aus Fabriksloten und Not und Kampf emporgemachener; und ein bekanntes Kleinstadt-Dönnl, so ein Spinnwebmücke, über dem eigentlich immer eine Art Feiertagsstimmung ruht — was hat das mit uns Gegenwärtigen zu schaffen? Macht Ludwig Fisch gar Weltgeschichte, so fühlen wir mit einem leisen, vernehmenden Lächeln, daß da vorn auf dem Podium ein Mensch der alten Generation sitzt, der es gut mit uns meint und uns doch nichts geben kann. Aber an einem schönen Frühmorgentag, wenn die Rosen duften und uns das Schicksal eine schöne leere Feiertunde zuwirft, da werden wir uns neu entbunden. Les.

Konzert der vereinigten Finkenchen Mandolinensöhne. Der wirkliche Kenner der musikalischen Verhältnisse weiß schon längst, daß die Fische unserer populären Instrumente Gitarre, Zither, Laute und Mandoline viel wichtiger ist zur Bebauung eines gesunden Bodens als die Art Klaviergeflimmer, wie sie sich allmählich in weiten Schichten als Hausmusik herausgebildet hat. Die Vorträge der Finkenchen Mandolinensöhne (etwas über 100 Mandolinisten, ein Duzend Gitarren, zwei Duzend Mandolas, zwei bis drei Basslaken, eine Harfe und sechs Kontrabässe) wurden deshalb mit Recht nicht nur durch guten Besuch, sondern auch durch reichlichen Beifall belohnt. In der weitgehenden Ruancierung einer künstlerischen Melodik vom tauschtesten Aufschwung bis zum feinsten lyrischen Verfließen ist die Mandoline in solchen Massen besonders stark. Da sie nun einer um so kräftigeren harmonischen und kontrapunktischen Stütze bedarf und die angebeutete Orchestration etwas zu dürftig war, so fehlte an dem vollen musikalischen Aufbau natürlich mancherlei, was sich auch im Bergerren und Berdehnen der Straßen Linde kundgab. Trotzdem hatte der tüchtige Dirigent Wilhelm Fink selbst mit Standardwerken wie dem Einzugsmarsch aus dem Tannhäuser und Ouvertüren und Phantasien von Adam und Flotow einen vollen Erfolg, der durch die lebhafte Schläger selbstverständlich noch zehnmal unterstrichen wurde. H. W.

Museumsführungen. Sonntag, den 22. 10 Uhr vorm., finden amtliche Führungen im Allen Museum (Bismarck römischer Kaiserzeit) — Dr. Neugebauer — und im Kaiser-Friedrich-Museum (Alt-östlich-byzantinische Kunst) — Dr. Volkoch — statt. Zutrittsort an je 50 St. und vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Musikalische Hochschule für Musik. Am 24. nachm. 4 Uhr, findet das Preispiel um die von den Herren Großhans-Steinweg und Gustav Wächter gestifteten Plätze im Theaterland der Hochschule für Musik, Charlottenburg, Solanenstr. 1, statt. Der Zutritt zum Preispiel ist gegen Entnahme eines Programms gestattet.

abzuhalten. Die Regierung wird vorschlagen, daß diese Frage doch noch erörtert wird, wenn die nächste Reichskonferenz, deren Zusammentreten sich, wie die Regierung hofft, nicht mehr allzulange verzögern wird, tagt, denn eine persönliche Führungnahme in diesen Fragen ist von wesentlicher Bedeutung.

In Locarno ist es unmöglich gewesen, über die Abänderung zu beraten, aber die Konferenz hat einen neuen Geist in die Arbeit der Bänderbündelung und des Bänderbündelates gebracht, die jetzt im Begriffe sind, über die Abänderung zu beraten.

Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Opposition Abänderungsanträge angekündigt habe, wies jedoch darauf hin, daß keiner dieser Anträge das Locarno-Abkommen kritisiere oder die von der Regierung empfohlene Annahme der durch den Vertrag von Locarno auferlegten beschränkten Verpflichtungen bekämpfe.

Chamberlain schloß: Inzwischen müssen wir, die wir dem Leben nahe stehen, die wir uns nicht von den Ereignissen absondern können, wir, bei denen die Sicherheit und der Frieden unserer Küsten, wie die Sicherheit unseres Volkes mit dem Frieden und der Sicherheit des Festlandes, vor allem seinem wesentlichen Teil verknüpft ist, unsere Entscheidung fällen und wir erlauben deshalb das Haus, die Ratifizierung von Locarno zu billigen, im Glauben, daß wir durch diesen Vertrag jede Gefahr von unserem eigenen Lande und von Europa abwenden, daß wir den Frieden schätzen und daß wir die Grundlage der Veröhnung und Freundschaft mit denen, die noch vor wenigen Jahren unsere Feinde waren, legen. (Lebhafte Beifall.)

Das neue Prager Parlament.

Mandatsverteilung im Abgeordnetenhaus.

Prag, 18. November. (U.) Das Abgeordnetenhaus wird sich nach Vollendung der zweiten Stimmdurchrechnung wie folgt zusammensetzen:

Tschechische Agrarier	45	bisher 42
Kommunisten	42	27
Tschechische Volkspartei	31	31
Tschechische Sozialdemokratie	29	32
Tschechische Nationalsozialisten	28	27
Bund der Landwirte	24	18
Slowakische Volkspartei	23	11
Deutsche Sozialdemokraten	18	29
Tschechische Nationaldemokraten	13	22
Tschechische Gewerkschaften	13	6
Deutsche Christlich-Sozialen	12	9
Deutsche Nationalpartei	10	10
Deutsche Nationalsozialisten	6	5
Ungarische Christlich-Soziale	4	4
Polnischer Verband	1	—
Landwirtschaftliche Kreislagen	1	—

Die Koalitionsparteien einschließlich der tschechischen Gewerkschaften dürften also 159 Mandate erhalten, während die gesamte Opposition über 141 verfügt.

Die Regierungsparteien erhielten im ganzen 3 185 801 Stimmen gegen 4 024 284 im Jahre 1920. Die Oppositionsparteien erhielten 3 920 487 Stimmen gegenüber 2 175 722 Stimmen.

Der alte Prozentfuß der Regierungsparteien betrug also 64,9 Prozent, während sie jetzt nur noch 44,83 Proz. erhalten. Die Oppositionsparteien hatten im alten Hause 35,9 Proz., während sie im neuen Hause 55,17 Proz. einnehmen werden.

Nachher . . .

Wir hätten also wieder einmal gebüßt. Endgültig? Das wird sich nachher herausstellen. Es bleibt uns allerdings noch die Aussicht auf mancherlei Unangenehmes. Dieser Winter wird ein ungetrübtes Vergnügen sein. Für die diversen Kämmerer werden gerade die eifrigen Fußgänger von geistiger Sorge zu tragen wissen. Immerhin war am Mittwoch alles vorchristlich stillgelegt. Nur die Leute mit dem tragischen Unterton durften sich Honorare verdienen. Wirtschaften, die chorähnliche Musikstatten ihr eigen nannten, wurden unter Musik gesetzt. Im übrigen tagten in den Abendstunden „geschlossene Vereine“ in auffällig großer Zahl. Der Heiterkeit des Programms waren im internen Kreise keine Grenzen gesetzt. In näherer und weiterer Entfernung von Berlin alkoholisieren sich die Herrngesellschaften, um die Bitternis des Tages herunterzulassen. Das Berliner Stadtmännchen war mit Familienpublikum belegt, wie kaum an den lebensgefährlichsten Weihnachtseinkaufstagen. Ran promenierten mit Kind und Kindermagen, begutachtete die Schaufensterauslagen, debattierte ein bißchen und hätte gern ein wenig Konzert gehört. Als wohlhergeogene Staatsbürger und in feilscher Kenntnis der bußtägligen Sachlage öfneten sie jedoch nur gähmend den Mund und sagten ein wenig derzögert: „Wie langweilig.“ — Das war es. Allerdings nur für uns, nicht für die anderen, die es sich leisten konnten, das tägliche Amüsierprogramm herunterzuarbeiten. — Daher Bußtag! — — —

Gräfin von Böhmer legt Berufung ein.

Gegen 1 Uhr nachts wurde nach Beendigung des Prozesses die zu einem Jahr Gefängnis verurteilte Gräfin v. Böhmer in einem von ihr selbst gemieteten Auto vom Landgericht in das Gefängnis in der Lindenstraße in Potsdam eingeliefert. Vor dem Gefängnis war Schupo postiert, die das zahlreiche Publikum sofort zerstreute. Im Gefängnis war vor der Einlieferung die Nachricht eingetroffen, daß die Gräfin in der Nacht Selbstmord verüben wollte. Sofort wurden aus ihrer Zelle sämtliche Gläser, einige Weinstöpsel und Bestecke herausgeholt. Als die Gräfin in die Zelle trat, fragte sie, wozu ihre Sachen gekommen seien. Sie war unangeneim aufgeregt und konnte nur mit Mühe beruhigt werden. Am Mittwoch hat sie ihr Gleichgewicht vollständig wiedergefunden und zu morgen hat sie ihren Potsdamer Verteidiger bestellt, da sie gegen das Urteil Berufung einlegen will. Uebrigens war in dem Urteil eine Haftentlassung abgelehnt worden, so daß die Gräfin im Gefängnis bleibt.

General Booth spricht.

Ein netter, alter Herr steht auf der Bühne des Zirkus Busch, ein General spricht zu seinen Soldaten über das Missionarwerk der Heilsarmee. Der Oberkommandierende Booth redet englisch, und neben ihm steht ein jüngerer Herr mit scharfem Profil, der im Sonderaktionston und mit eleganten Gesten die Rede sofort ins Deutsche übersetzt; er beschränkt seine Worte mit einem lebenswichtigen Wächeln, während Booth sich durch einen herzhaften und leise verärgerten Ton auszeichnet. Der Chef der Heilsarmee wirkt ungefähr wie ein alter Kaufmann der Londoner City, der Kenner ist ihm schief auf der Nase, und er spricht über das Missionarwerk in einem Ton, als ob er den Geschäftsbericht irgendeines Eisenkonzerns vorlese. Es fehlt vollkommen die edle Kühnheit, das Pathos, ohne die gewisse Deutsche nicht auszukommen vermögen. Bei Booth ist eben auch die japanische und indische Mission eine absolute Selbstverständlichkeit. Hin und wieder schwingt er sich sogar zu einem Witz auf. Man kennt diese Art alter Herren; sie bleiben lebende Figuren in amerikanischen Filmen, in Romanen und Lustspielen; es sind die bekannten knurrigen Väter, die ihre Güte und

Welchbergigkeit hinter einem rauhen Aeußeren verbergen. Booth wirkt wie ein alter, netter Papa, mit dem es angenehm zu verhandeln ist. Und nach Booth sprechen Inder, Japanner, Perser und andere exotische Heilsarmeehelden. Der Inder entwirft ein ungemein lebhaftes Temperament, während der Japanner sich auch der kleinsten Geste enthält. Und dazwischen spielt das ausgezeichnete Blasorchester geistliche Lieder nach Marchmelodien, ein Frauen- und Mädchenchor singt hübsch klingende Lieder mit Lautenbegleitung und andere Damen und Herren sammeln Beiträge ein. Der Zirkus Busch ist gut besucht, jedenfalls besser als zum „Grafen von Monte Christo“, und da niemand Mitglied der Heilsarmee werden kann, es sei denn, daß er Buße getan hat, so kann man wohl sagen, daß in diesem Fall Boothtag und Bußtag eins waren.

Reichsbahn gegen Rotawerke.

Die Zeugen belasten Direktor März.

Zu Beginn des 4. Verhandlungstages vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III gibt zunächst der Zeuge und Sachverständige der Reichsbahn Schubert noch einige Aufschlüsse über die Ermittlungen in bezug auf die „Luftstunden“ und „Luftwagen“, die den Rotawerken zur Last gelegt werden. Die Unterlagen, sogenannte Beschädigungsberichte, die zur Rechnungsaufmachung benötigt wurden und von dem Ueberwachungsbeamten Rau geprüft werden sollten, müssen ihm oft in raffinierter Weise untergeschoben worden sein.

Rau sagt dann auch aus, daß er vom Werk wiederholt bei der Verladung von Altmaterialien getäuscht worden sei. So sind z. B. wertvollere Wagnachsen auf minderwertigen Schrott geworfen worden, was aber noch rechtzeitig entdeckt werden konnte. Es wird dann der Zeuge Oppermann vernommen, der Direktor März schwer belastet, indem er erklärte, daß für unproduktive Arbeiten wie Bodebau, Werkzeuganfertigung usw. der Lohn in Rechnung gestellt wurde. Der Staatsanwalt kommt dann auf die „Blinden“ zu sprechen. Der Zeuge bestätigt, daß „Blinde“, oder sogenannte fingierte Lohnstunden, geführt worden seien. Kukul und Kaiser richten gleichfalls gegen Direktor März schwere Beschuldigungen, und sagen aus, daß März selbst die Obermeister und Kolonnenführer darauf hingewiesen habe „blinde“ Leute zu führen. Als nächster Zeuge tritt der Obermeister Schimanski auf, der mehrere Jahre bei der „Rota“ tätig war. Er hatte einen Teil des Güterwaggonbaues unter sich. Auch dieser Zeuge schildert, wie die „Blinden“, die nachher der Bahn in Rechnung gestellt wurden, bei den einzelnen Kolonnen untergebracht worden sind, die überhaupt nichts mit dem Waggonbau zu tun hatten. Direktor März will von alledem nichts wissen und streitet ab, jemals davon Kenntnis gehabt zu haben. Der erste Staatsanwalt sieht sich schließlich gezwungen, März an die Wahrheit zu ermahnen. Einen etwas dramatischen Verlauf nimmt die Verhandlung, als Kaiser erregt, fast weinend erklärt, auf März zeigend: „Da steht der wahre Schuldige, der uns alle ins Unglück gebracht hat. Er ist der Urheber der Betrügereien.“ Der Vorsitzende ermahnt Kaiser zur Sachlichkeit und fährt in der Verhandlung fort. März stellt dann noch einige Behauptungen auf, die sich als unwahr erweisen. Der Stand der Verhandlung ist demnach so, daß gegen März bereits drei Mißangeklagte und drei Zeugen auszusagen, die ihn schwer belasten. Die weiteren Vernehmungen am Donnerstag werden die Affäre vielleicht endgültig klären.

Die Hauptverhandlung gegen Freiherrn von Lühow.

Der Strafprozeß gegen Freiherrn v. Lühow, den Leiter des Landeserziehungsheims in Jossen, einer höheren Privatschule, gegen den nunmehr Anklage erhoben worden ist, wird der größte Sexualprozeß werden, der je in Deutschland stattgefunden hat. Es werden mehr als 550 Zeugen und dazu ein ganzes Heer von Sachverständigen auftreten. Freiherr v. Lühow, der nach der Auffassung der Anklagebehörde als Prügelpädagoge zu bewerten ist, wird beschuldigt, während seiner Tätigkeit in dem Landeserziehungsheim in Jossen ebenso wie in seiner früheren Stellung als Leiter einer gleichen Schule in Budow sich in 70 Fällen an seinen Schülern vergangen zu haben, und zwar wird er der Verübung unzähliger Handlungen und der Körperverletzung beschuldigt. Wegen des großen Umfangs der Verhandlung wird das erweiterte Schöffengericht in Wietzenfeld nach Roabit übersiedeln und Landgerichtsrat Feulhner, der Vorsitzende des Schöffengerichts, wird die Verhandlungen im Schwurgerichtssaal führen. Zu den von Staatsanwalt Burzel geladenen annähernd 400 Zeugen der Anklage haben die Verteidiger v. Lühows, die Rechtsanwälte Dr. Frey und Dr. Valentin, noch weitere 175 Zeugen geladen. Eine Reihe von Eltern der betroffenen Schüler haben sich durch Rechtsanwält Dr. Gollnick als Nebenkläger dem Strafverfahren angeschlossen.

Ein 75 Jahre alter Sittlichkeitsverbrecher.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg hatte sich der pensionierte Eisenbahnhilfsarbeiter Karl Binte aus Friedrichsfelde wegen Sittlichkeitsverbrechens in drei Fällen zu verantworten. Der Angeklagte, der bereits im 75. Lebensjahr steht, verstand es, kleine, zehn- bis zwölffährige Mädchen in seine Wohnung zu locken und sich dort an ihnen zu vergehen. Durch Hergabe von Geld und Süßigkeiten erreichte er, daß die Kinder oft wiederkamen und ihren Eltern nichts erzählten. Der bis dahin unbestrafte Angeklagte räumte seine Vergehungen ein. Mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter erurteilte ihn das Gericht zu 7 Monaten Gefängnis bei einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Billige Seefische. Es kommen am Donnerstag, den 19., und Freitag, den 20. November, zum Verkauf und zwar frischer Goldbarsch pro Pfund 80 Pf. und frisch eintreffender Eskedorsch pro Pfund 25 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Ladengeschäften, in den Marktshallen und auf den Wochenmärkten.

Die Leiche des Kampfliegers Freiherrn v. Richthofen ist aus Frankreich nach Deutschland zur Beisetzung in der Heimat übergeführt worden und in der vergangenen Nacht in Berlin eingetroffen. Die Ueberführung war Anlaß zu Erinnerungs- und Trauerfeiern in Rehl, Appenweier, Heidelberg, Frankfurt a. M. und anderen Städten. In Frankfurt a. M. beteiligten sich auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Reichsbund und der Jüdische Frontkämpferbund an den Feiern.

Venus und Amor in Oberkärnten. Der Magistrat Berlin beabsichtigt, dem Bezirksamt Treptow eine Bronzefulptur „Venus

und Amor“ zu überweisen. Das Bezirksamt wird das Kunstwerk auf dem Rathausplatz bzw. Schillerpromenade in Oberkärntenweide aufstellen.

Furchtbare Schiffskatastrophe in Amer. P.

300 Passagiere und Mannschaft verunglückt?

Eine unheilverkündende Nachricht kommt aus New York: Der mit etwa 300 Passagieren auf der Fahrt nach Jacksonville begriffene Küstendampfer „Lenape“ geriet vor der Einfahrt in die Delaware-Mündung in Brand. Von Augenzeugen, die sich an der Hilfeleistung beteiligten, wird berichtet, daß die Flammen von Atlantic City aus sichtbar waren. Das Schiff fuhr in rasender Fahrt nach Lewes (Delaware) und ankerzte dort. Man nimmt an, daß alle Passagiere gerettet wurden. Der Dampfer wurde ein Raub der Flammen. Die letzten Nachrichten, die wir nachstehend verzeichnen, lauten jedoch bei weitem beunruhigender und lassen auf ein Unglück von furchtbaren Ausmaßen schließen.

New York, 18. November. (Kabeldienst der U.) Die zur Hilfeleistung für das in der Nähe der Delaware-Mündung in Brand geratene amerikanische Passagierschiff „Lenape“ ausgesandten Schiffe erreichten gegen 2 Uhr morgens den mit dem Untergang schwer kämpfenden Dampfer. Infolge des schweren Sturmes mußten sie jedoch von einer Rettungsaktion absehen und untätig bleiben, während das Feuer sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Der Brand hatte sich schon fast auf den ganzen Dampfer ausgebreitet, als eine heftige Explosion erfolgte. Das Schiff barst auseinander und fing sofort an zu sinken. Die Passagiere und Mannschaften des Dampfers mußten trotz des Sturmes über Bord springen. Darauf begannen die Hilfsschiffe sofort mit der Rettungsaktion und suchten gegenwärtig noch die ganze Umgegend ab. Es besteht jedoch wenig Hoffnung, und es ist mit dem Verlust einer großen Anzahl von Passagieren und Mannschaften zu rechnen. Die Schiffsfahrtslinie, der der Dampfer gehört, muß einen Funkpruch ausgeben, in dem es heißt, daß höchster Menschenverlust befürchtet wird. Das untergegangene Schiff, das nur zwei Meilen von der Küste entfernt sank, konnte erst gegen Mitternacht kurz vor dem Untergang die Verbindung mit den Radiostationen erreichen.

New York, 18. November. (Kabeldienst der U.) Amtliche Berichte erklären, daß bei der Brandkatastrophe des Passagierschiffes „Lenape“ die meisten Passagiere gerettet worden sind. Todesfälle sind nur sehr vereinzelt zu verzeichnen, doch gibt es eine große Anzahl von Schwerverletzten. Gegen Morgen hat der Sturm nachgelassen, so daß die Bergungsboote ihre Tätigkeit beginnen und zahlreiche mit den Wellen ringenden Passagiere aus den Fluten retten konnten.

Der große Postdiebstahl, der in der Nacht zum 30. Oktober zwischen der Abfertigung des Berliner D-Zuges und des ihm folgenden Güterzuges im Podraum der Bahnhofstation in Rathenow verübt wurde, ist immer noch nicht aufgeklärt. Der räuberische Junge, der unter dem dringenden Verdacht, seine Hand im Spiel gehabt zu haben, vorläufig festgenommen wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil ihm eine Beteiligung nicht nachzuweisen ist. Eine andere Spur ist noch nicht gefunden. Der Gesamtwert der entwendeten Gold- und Silberpatens und Wertpapiere beträgt etwa 100 000 Mark.

Im internationalen Schachturnier in Moskau waren Lasker, Romanowski, Sieger Lasker, Bogatyrtschok, Bogoljubow remis, Subarew-Remis, Ujin-Spielmann Sieger Ujin, Torre-Marschall Sieger Torre, Spielmann-Rabinowitsch remis, Botvinnik-Grünfeld remis, Subarew-Werlinst Sieger Subarew, Boemenitsch-Dufshomirski Sieger Boemenitsch, Romanowski-Grünfeld Sieger Romanowski, Lasker-Grünfeld unentschieden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Schwerbeschädigten bei der Reichsbahn.

Die von der Reichsbahnverwaltung ausgeschütteten „Leistungszulagen“ sollen aus den Knochen der Eisenbahnarbeiter und der unteren Beamtengruppen herausgeholt werden. Auch in den Beamtentreisen, denen das soziale Empfinden und die Moral immer noch höher steht als die Autoritätsduselei englischer Dienstverleiher und Amtsoberstände, wünscht man den Tag herbei bei Befreiung von diesem unmoralischen Ausbeutungssystem.

Der neueste Vorstoß richtet sich gegen die schwerbeschädigten Lohnempfänger, soweit sie dem Reichsoberverwaltungsamt und Unfallsgericht unterstehen. Die Reichsbahndirektion beabsichtigt die Kürzung des bisherigen Lohnes damit, daß die in dem Arbeitsfach bisher zur vollsten Zufriedenheit ausgeführten Arbeiten nicht mehr als Vollerleistung betrachtet werden könnten. Auf anderen Dienststellen geht man geschickter vor, indem man diese Schwerbeschädigten von ihrer bisherigen Dienststelle zu einer anderen niedriger eingestufteten Dienststelle versetzt, unter gleichzeitiger Rückverlegung des seit 13 Jahren innegehabten Dienstpostens in einen niedriger bewerteten. Als Entschädigung dieser mit schweren Bein- oder Armschäden behafteten Arbeiter an der Halsstarrigkeit verschieder Dienst- und Amtsoberstände. Wissen diese Herren, weiß z. B. der Eisenbahnsekretär Schmidt vom Betriebsamt 7 und der Dienststellenleiter von Reutdin-Treptow gar nicht, daß sie gegen die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen handeln? Wie kommt man dazu, das Einkommen der Schwerbeschädigten zu kürzen? Eine ganze Anzahl der Herren, die darauf besonders bedacht sind, auf der Reichsbahn beschäftigt zu werden, können manchem Schwerbeschädigten nicht das Wasser reichen, trotz ihrer stolzen Gesundheit. Ruß zu dem rücksichtslosen und widersinnigen Personalabbau, der schlechten Entlohnung, dem 16 bis 14-Stundendienst und der rigorosen Behandlung der Schwerbeschädigten, die ihre Gesundheit auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, nun auch noch eine besondere Lohnrückerei kommen! So weit dürfte die Plasmacherei bei der Reichsbahn-Gesellschaft und die Jagd nach den Leistungszulagen denn aber nicht gehen!

Es wird leider versucht, und deshalb haben die Schwerbeschädigten allen Anlaß, sich nicht nur im Reichsbund der Kriegsbeschädigten zusammenzuschließen, sondern auch in ihrer zuständigen Organisation, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Fortschritte im Verkehrsbund.

Für Reichslandsarbeiten und praktische Arbeit.

In der Generalversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes am Montag im Gewerkschaftshaus gab Ortman den Geschäfts- und Kassenericht für das dritte Vierteljahr.

Es war wiederum ein Vierteljahr, das reich an Bewegungen war. Es wurden 94 Angriffsbewegungen ohne Streit geführt in 5586 Betrieben mit 38 590 Beschäftigten. Die durch diese Bewegungen erreichte Lohnhöhung betrug 119 802 M. oder rund 3 M. pro Kopf in der Woche. Durch die 7 Streiks mit 2203 Beschäftigten in 270 Betrieben wurde eine Lohnhöhung von 11 004 M. oder 5 M. pro Kopf für die Woche erreicht. Die Lohnbewegungen waren äußerst schwierige, da sich die Unternehmer jeder Lohn-erhöhung hartnäckig widersetzen.

Neu aufgenommen wurden insgesamt 4461 Mitglieder aus anderen Organisationen übergetreten sind 192 Mitglieder. Die Agitationsstätigkeit kann als gut bezeichnet werden, es muß aber weitergearbeitet werden. Der Arbeitsnachweisbericht spiegelt fast dasselbe Bild wieder wie der des zweiten Vierteljahrs 16 896 Stellungsfindenden fanden 13 294 gemeldete Stellen gegen über. Belegt wurden 6442 Stellen für fest und 5932 zur Ausschiffe

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 19. November.

4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagsunterhaltung. 6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Prof. Dr. Beck: „Die technischen Rohstoffquellen“. II. Teil. 7.05 Uhr abends: Fritz Croner: „Die Entwicklung des Arbeitsrechtes“ im Deutschen Reich bis zum Jahre 1914“. 7.30 Uhr abends: Einführung zu der Oper „Tannhäuser“ am 20. November. 8.30 Uhr abends: Der Roman als Fankspiel. 2. Fortsetzung. „Die Katastrophe“. Originalroman für die „Fankstände“ von H. J. Gramatzki (als Fankspiel) bearbeitet. 9 Uhr abends: Sendespiele. Abteilung Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Das deutsche Lustspiel bis L. sing. II. Abend. Zwei Fastnachtspiele aus dem 15. Jahrhundert vor Hans Sachs, von Hans Rosenblüt und Hans Fols, in der Bearbeitung von Max Bauer. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Einnahmen und Ausgaben balancierten mit 368.304,36 Mark. Das Sozialkassenvermögen hat sich von 8172,16 M. am Schlusse des zweiten Vierteljahres vermehrt auf 22.268,61 M. Dabei ist zu bemerken, daß die der Hauptkasse im vorigen Vierteljahr geschuldeten 10.000 M. zurückgezahlt werden konnten.

In seinen weiteren Ausführungen über organisatorische Fragen weist Ortman u. a. darauf hin, daß der Gedanke unter den Mitgliedern noch mehr verbreitet werden müsse, bei Streiks die Rotstandsarbeiten selbst auszuführen. Es müsse dadurch verhindert werden, daß die technische Nothilfe eingesetzt wird. Ortman ging dann weiter auf das Schlichtungswesen und die Maßnahmen der Regierungsstellen zur Linderung des immer größer werdenden Arbeitslosenstands ein.

Nach einer ausgedehnten, sehr sachlichen Aussprache gelangten folgende zwei Anträge der erweiterten Ortsverwaltung zur Annahme.

„Die Generalversammlung beschließt, den Ortsausschuß des A.D.B. aufzufordern, in Ansehung der täglich steigenden Erwerbslosenziffer ungefähr Verhandlungen mit den städtischen Körperschaften und der preussischen Landesregierung nachzusuchen, damit die große Notlage der Arbeitslosen durch beschleunigte Rotstandsarbeiten mit angemessener Bezahlung schnelle Linderung erfährt.“

„Die Generalversammlung des Deutschen Verkehrsbundes, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, stellt mit Genugtuung fest, daß die Stadtverordnetenwahlen vom 25. Oktober 1925 eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gebracht haben.“

Die Generalversammlung ist sich bewußt, daß diese Mehrheit praktische proletarische Arbeit verrichten kann.

wenn innerhalb und außerhalb des Stadtparlaments die notwendige Eintheiligkeit im Handeln erzielt wird und der organisatorische Zusammenschluß aller Arbeitnehmer vorhanden ist. Sie fordert deshalb alle unorganisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten belobend und ermutigend, sich unverzüglich den freien Gewerkschaften anzuschließen.“

Hufemann über die Amerikareise.

New York, 18. November. (W.F.B.) Bei der Abreise der deutschen Gewerkschaftsführer, die heute auf dem Dampfer Bremen erfolgte, erklärte Reichstagsabgeordneter Hufemann, der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands: Wir fanden bei den amerikanischen Arbeitern, Unternehmern und Behörden eine weit günstigere Stimmung für Deutschland vor, als wir nach den uns drüben gewordenen Berichten erwarten konnten. Man kam uns in jeder Weise entgegen und wir sahen Interessantes in Hülle und Fülle.

Schiedspruch für die chemische Industrie Bayerns.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Da die Versuche des Landesschlichters zur Beilegung der Streitigkeiten in der chemischen Industrie Bayerns — 5500 Arbeiter sind ausgesperrt, 4500 stehen im Streik und 3500 noch in Arbeit — keinen Erfolg hatten, fällt am Mittwoch die vom Landesschlichter einberufene Schlichtungskammer einen Schiedspruch. Er bestimmt, daß von einer Lohnerhöhung bis zu weiteres abzusehen ist. Streik und Aussperrung sofort „aufzuheben“ sind und Maßnahmen nicht stattfinden. Dieses Kompromiß wird

begründet mit der Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Betriebe und mit der Tatsache, daß die durch die Aussperrung aufs schwerste geschädigten Arbeitnehmerinteressen die sofortige Öffnung der Betriebe notwendig machen. Die Erklärungsfrist für beide Parteien läuft bis zum 23. November.

Die Krise in Bayern.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Sozialministerium land dieser Tage eine Konferenz der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten statt, wobei ein recht trübes Bild von der augenblicklichen Wirtschaftslage Bayerns gegeben wurde. 80 Proz. aller Bezüge gingen gegenwärtig in Bayern zu Protest, und jeder dritte Bezugschein konnte nicht eingelöst werden. Die Zahl der Betriebseinstellungen und Einschränkungen sei während der ganzen Nachkriegszeit noch nie so groß gewesen wie augenblicklich. In München allein hätten 60 Betriebe Einstellung oder Einschränkung beantragt; 15 kleinere Betriebe seien bereits geschlossen.

Busch-Mitglieder der Reichsindustrie! Mitgliederversammlung morgen Freitag, abends 7 Uhr, im Großen Saal der Kaiserlands Hofkammer, Neue Friedrichstraße 28.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Kreiser; Schriftföhrer: Kurt Osterhaus; Geschäftsverwalter: Friedr. Ehlert; Redaktionsrat: A. D. Hoffner; Kassenwart: Hans J. K. Hoffner; Anzeigen: H. Gieseler; Anstalt: in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G.M.B.H., Lindenstraße 1.

BOLE Ah! Jetzt wieder die gute Bole-Margarine

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr
Wer weint um Jucknack?
Morgens 8 Uhr
Judith

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Così fan tutte
Opernhaus
am Königsplatz
7 Uhr: Zauberflöte
Schauspielhaus
8: Die große Katharina — Weltnachrichten
Schnitz-Theater
8 Uhr: Doppel-selbstmord

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied
Abonnement-Tournee IV

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Der Kreidekreis
von Klabend

Kammerspiele
8 Uhr:
Man kann nie wissen
von Shaw

Die Komödie
Karlshofstr. 207
8 Uhr
Gesellschaft

Berliner Theater
8 Uhr:
Antonius

Neues Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Polly-Polly

Operette von Kollo
Erna Nitter
Curt Bols

SCALA
8 Uhr
Internat. Varieté

Großes Schauspielhaus

Fuß Dich!
CHARELL-REVUE

300 Mitwirkende
3ter Rang 75 Pl.

Circus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr
Der neue gewaltige Erfolg
Manege-Wass.-Sensationsstück
Der Graf von Monte Christo
Titelrolle: Henry Pl.ß.
Vorher: Neue November-Sensationen

Komische Oper
Größte Revue der Welt
Von A bis Z
Parkett 6.— M.
Preise 2.— bis 12.— M.
(Logen 15.— M.)

WINTERGARTEN
November-Sensationen!
auf allen Gebieten der internationalen Varieté-Kunst
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr — halbe Preise
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abend 8 Uhr — Sonnt. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
„Der Bubikopf“
Bühnen- und Musik-Festspiel
„Dönhofs-Bräutigam“
Das beliebteste Berliner Familien-Varieté
in der Provinz

Residenz-Th.
8 Uhr:
Circus Heirat
Hoslerberg, Sabo
Ersers, Mattoni
Sbd. J. U. (Kl. Pr.)
Schauspielhaus

Thalia-Th.
8 Uhr
Annemarie
Lotte Neumann
Dora, Basell

Theat. d. Westens
Das große Operettenhaus
Tägl. 8 Uhr:
Lies Seid und
Ed. Lindenstein
als Gast in
Der Orlow

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Neu!
Die Frau
im gefährlichen Alter
Schauspielhaus
Volkstümlich, Preise

HALLER REVUE
Theater im Admiralspalast
„ACHTUNG!
WELLE
505!“

Th. a. Hollendorfer
Täglich 8 Uhr:
Der letzte Kuß

APOLLO-THEATER
Die Müllerin
von Sanssouci

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6 — Tel. Mpt. 100 77.
Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (im Saal) (einschl.)
Klubfreunde musik. Aufz.
Der alte Dorfschulmeister, Labusch
Zem. Behnd: 77 Jugendl. de 77
sowie der anst. z. g. l. n. h. e. Solos.

WALHALLA
Wahrsagung, am Sonntag Platz
Heute u. folgende Tage
Gr. Ringkampf - Konkurrenz
Interess. Ringen von Welt
Anfang 8 Uhr u. Preise 1, 2, 3 M.

Trabrennen Mariendorf
Donnerstag, 19. November
vormittags 11 1/2 Uhr

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin
Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr
im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelsteuf 24/25
Fortsetzung
der Generalversammlung vom 6. Nov.
Die Ortsverwaltung.

Bamag-Meguin Aktiengesellschaft, Berlin
Die Aktionäre der Gesellschaft werden zu der am 8. Dezember 1925, mittags 12 Uhr zu Berlin, im Sitzungssaal der Berliner Handels-Gesellschaft, Behrenstr. 32, Eingang 8, 2 Treppen, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1924/25. Beschlussfassung über diese Vorlagen sowie über die Verwendung des Ueberschusses.
2. Bericht über die erfolgte Revision des Abschusses und Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Ausübung des Stimmrechtes sind gemäß § 23 der Satzungen, auf die im übrigen verwiesen wird, nur Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder Zwischenbescheine oder die über dieselben lautenden Hinterlegungsbescheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins bei einer der nachstehenden Hinterlegungsstellen, und zwar bei einer der Gesellschaftskassen in Berlin-Moabit, Butzbach, Dessau und Köln-Bayenthal oder bei der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin, der Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, dem Bankhaus Delbrück, Schickler & Co., Berlin, der Deutschen Bank, Berlin, der Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin, der Dresdner Bank, Berlin, der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft Berlin, der C. Schlesinger-Trier & Co., Commanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, der Gebr. Köchling, Bank, Saarbrücken, Berlin und Frankfurt a. M., dem Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M., dem A. Schaffhausen'schen Bankverein A.-G., Köln, dem Bankgeschäft A. Levy, Köln, dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln oder bei einem Notar spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung bis 3 Uhr nachmittags hinterlegt haben.

Berlin, den 17. November 1925.
Der Aufsichtsrat der Bamag-Meguin Aktiengesellschaft.
Jakob Goldschmidt, Vorsitzender.

Krause-Pianos
Miete
Ausbacher Str. 1.
1. bis 10. November

Abbruchbrennholz
wegen schneller
Räumung sofort
billig abzugeben
Anton Galasch & Co.
Charlottenburg,
Sünderstraße 20.

Gründungs-Komitee
Hauptstadt
Spezial-Verkauf

Verkaufe
Krause-Pianos
Miete
Ausbacher Str. 1.
1. bis 10. November

Verkaufe
Krause-Pianos
Miete
Ausbacher Str. 1.
1. bis 10. November

Verkaufe
Krause-Pianos
Miete
Ausbacher Str. 1.
1. bis 10. November

Der Massen-Einkauf
gestaltet mit folgenden billigen Angeboten
50.000 Liter Fruchtweine
ab 14,- m. Steuer

75.000 Liter Südwine
unvergärrt, mit Steuer
Terra 1925 17% 1.74
Malaga 14% 1.74
Sauterne (Groschwein) 2.67
Grosse Portwein 2% 2.76

35.000 Pl. Rot- u. Weißweine
Sauterne mit Steuer nur M. 0.90
Malaga 1.22
Sauterne 1.80
Grosse Portwein 2.35

Erstklassige Spirituosen
in großer Auswahl
Ltr. M. 2.95
Jägermeister 30% 3.2
Wodka 14% 4.28
Liquor 45% 4.48
Dieckmann-Likör 30% 5.20

Kostproben gratis
Ausschank direkt vom Faß
Likör-Fabrik u. Weingroßhandlung
Eduard Süsskind
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43
Verkaufsstellen meiner Fabrikate:
Berlin N: Chausseest. 76 (an der Panke)
Moabit: Wilschauer Str. 25, Ecke Birkenstr.
Steglitz: Schloßstr. 121
Wienküll: Berliner Str. 13
Berlin O: Koppstr. 87
Charlottenburg: Friedrich-Karl-Pl. 5
In jeder Art 10 an

Jupifist
Wundheilung
Luz. Commission mit
Darmstadt
Verkaufsstellen meiner Fabrikate:
Berlin N: Chausseest. 76 (an der Panke)
Moabit: Wilschauer Str. 25, Ecke Birkenstr.
Steglitz: Schloßstr. 121
Wienküll: Berliner Str. 13
Berlin O: Koppstr. 87
Charlottenburg: Friedrich-Karl-Pl. 5
In jeder Art 10 an

Verkaufe
Krause-Pianos
Miete
Ausbacher Str. 1.
1. bis 10. November

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Bestehende Herrenparabere, inbald
erhalten. Gelegenheitskäufe in
Bayern, erste Auswahl, billigste Preise.
Reine Bombardiere, Lederschuhe, Spielzeug,
Chausseest. 7.